



Das Friedensdenkmal in Hiroshima erinnert an den Abwurf der Atombombe vor 75 Jahren, der die Innenstadt komplett verwüstete
Foto: Lucas Vallecillos/VWPics/Redux/laif

hält gar kein Geld. Selbst dann nicht, wenn typische Strahlenkrankheiten auftreten.

Erst vergangene Woche korrigierte ein Bezirksgericht zum ersten Mal diese Praxis. Die 84 Kläger hätten Anspruch auf die kostenlose Gesundheitsversorgung, lautete das Urteil des Richters in Hiroshima, ihre Erkrankungen deuteten auf Verstrahlung hin. Doch der japanische Staat wird wohl hart bleiben und in die nächste Instanz gehen.

Dabei weiß man schon lange, dass der Fallout radioaktiver Teilchen durch den sogenannten schwarzen Regen nach den Atombomben weite Gebiete kontaminierte. Der Teilchenphysiker Shoji Sawada, ein Überlebender der Hiroshima-Bombe, hatte die sekundäre Verstrahlung als Erster bewertet. Der Staat habe die Gesundheitsfolgen des Fallouts ignoriert, berichtet Sawada bei einem Treffen nahe dem Bahnhof von Nagoya. Früher war er Professor an der Universität, heute leitet er mit 88 Jahren den „Japanischen Rat gegen A- und H-Bomben“, Gensuikyo, eine Nichtregierungsorganisation, die gegen Atomwaffen kämpft. Was er sagt, bedeutet: die Atombomben haben viel mehr Japanern geschadet als offiziell anerkannt.

Die Forschungsstiftung RERF in Hiroshima hat ihre Schätzungen für die radioaktive Belastung durch den Fallout inzwischen korrigiert. Aber die Regierung hält an ihrer alten Bewertung fest, dass der Fallout als Gesundheitsgefahr zu vernachlässigen sei. Der Teilchenphysiker Sawada sagt: „Die Regierung schweigt wegen der USA, die nicht zugeben wollen, dass der Fallout ihrer Atombombentests auch viele Soldaten und Unbeteiligte verstrahlte.“

Die Auseinandersetzung um die Strahlendosis in Japan nimmt manchmal absurde Züge an. Anfang März trat Shunichi Yamashita vor einem Gericht als Zeuge auf. Eine Bürgergruppe hatte den Staat in dem Verfahren auf eine strahlungsfreie Umgebung verklagt. Yamashita ist emeritierter Professor der Universität Nagasaki und Sohn einer Hibakusha. Kurz nach dem Reaktorunfall in Fukushima hatte er als Therapie gegen Verstrahlung positives Denken empfohlen: „Solange Sie lächeln, wird die Strahlung Ihrer Gesundheit nicht schaden, aber wenn Sie nicht lächeln, dann werden Sie krank“, erklärte der Mediziner. Er war damals Berater der Bezirksregierung.

Im Zeugenstand klang der Professor kleinlaut. Seine Angaben hätten internationalen Einschätzungen widersprochen und auf der Anhörung beruht, dass die Strahlung nur eine kurze Zeit wirke, gab Yamashita zu. Später schrieb die Bürgergruppe über die Anhörung: „Er sprach so schnell und leise, dass man seine letzten Wörter kaum verstehen konnte.“ Für sie bedeutet es viel, einen Leugner der Strahlungsgefährdung zu enttarnen.

Der Krebs

In Fukushima traten 90 Prozent weniger Radioaktivität aus als in Tschernobyl. Aber seit dem sowjetischen Super-GAU weiß man, dass sich radioaktives Jod in den Schilddrüsen vor allem von Kindern und Teenagern sammeln und dort Krebs verursachen kann. Besonders Mädchen un-

ter fünf Jahren sind gefährdet. Daher werden seit dem Atomunfall die Schilddrüsen von 300.000 Kindern und Jugendlichen in Fukushima, die damals unter 18 Jahre alt waren, alle zwei Jahre untersucht. 186 Fälle wurden schon gefunden, viel mehr als erwartet.

„Meiner Tochter musste die Schilddrüse entfernt werden, seitdem ist ihre Stimme geschädigt und ihr Nacken steif, sie konnte nicht mehr zu Schule gehen“, berichtete ein Vater in einem Video, das eine Gruppe betroffener Familien auf Youtube vor drei Jahren veröffentlicht hat. Der Mann verbarg sein Gesicht und sprach mit ver-

„Wir haben nicht daran gedacht, dass wir eine Beziehung zu unseren Forschungsobjekten hätten aufbauen müssen“

Otsura Niwa, Forschungsstiftung RERF

zerrter Stimme aus Angst davor, dass sein Kind diskriminiert wird.

Die Behörden sehen die hohe Zahl der Krebsfälle als eine Folge des Massenscreenings mit modernsten Geräten und wollen die Zahl der Untersuchungen bald verringern. „Wie können sie dies wagen, ohne die Ursache der Krebsfälle zu finden?“, klagte der Vater.

Die zweite Generation

Das durchschnittliche Alter der Hibakusha ist inzwischen auf über 83 Jahre gestiegen. Doch die Forschungsstiftung für Strahlenwirkung in Hiroshima will noch einige Jahrzehnte weitermachen, da sie auch ausgewählte 77.000 Kinder der Bombenopfer bis an ihr Lebensende beobachten soll. „Es gab eine große Furcht, dass die nach der Bombe gezeugten Kinder genetische Effekte zeigen würden, so wie man es auch im Tierreich beobachtet hat“, sagt RERF-Vizeforscher Grant. Bisher sieht es danach aus, als ob genetische Schäden nicht vererbt wurden.

Katsuhiko Hirano leitet einen Verband für Hibakusha-Nachkommen in Hiroshima. Im Videointerview spricht der 62-Jährige über die Belastung der zweiten Generation. Er sagt: „Unsere Mitglieder spüren aufgrund ihrer Prägung einen starken inneren Widerwillen gegen radioaktive Strahlung.“

Er schildert seine eigene Geschichte: Die Mutter wurde als Mädchen verstrahlt, als sie am Tag nach dem Bombenabwurf ihre Schwester in Hiroshima besuchte. Von seinen drei Geschwistern sind zwei früh gestorben, ein Cousin litt an Leukämie. Und dann ist da noch die Sprachlosigkeit. Das erste Gespräch über radioaktive Strahlung führte Hirano mit seiner Mutter erst, als er schon 45 Jahre alt war. „Unsere Generation hat oft kein Bewusstsein dafür, dass sie auch Opfer ist“, betont Hirano. „Viele Eltern haben die Tatsache der Verstrahlung vor ihren Kindern verborgen, damit sie nicht genauso diskriminiert werden wie die erste Gene-

ration.“ Auch Kinder hätten soziale Ausgrenzung erlebt, aber schwerer wiege ihre psychische Dauerbelastung. „Wir können uns doch niemals sicher sein, ob unsere Gesundheit nicht doch gefährdet ist“, betont Hirano.

Daher verlangen er und einige Mitstreiter für die Angehörigen der zweiten Generation die gleichen Hilfen wie für die Hibakusha. Die Politik lehnte die Forderung ab. Deswegen haben insgesamt 54 Betroffene, je zur Hälfte aus Hiroshima und Nagasaki, den Staat vor drei Jahren verklagt, der Prozess läuft noch. Die Ironie der Geschichte: Ungefähr zur selben Zeit klagten auch evakuierte AKW-Anrainer in Fukushima auf mehr staatliche Unterstützung. Hirano sagt: „Bei beiden Gruppen wird die negative Wirkung der Strahlung weder gelehnt noch bestätigt. In dieser Unklarheit leben beide mit der Diskriminierung von außen und der Angst von innen.“

Die Regierung

Durch die Verstrahlung weiter Landstriche in Fukushima schloss sich ein Kreis zu den Atombomben von damals. Die Hibakusha-Vertreter hatten sich nämlich ab den 1950er Jahren in Bürgeranhörungen davon überzeugen lassen, der friedlichen Nutzung der Kernspaltung zuzustimmen: Japanische Atomkraftwerke seien sicher, Strahlung könne nicht austreten, wurde ihnen versprochen. Dieser Propaganda glaubten die meisten Japaner, bis die Fukushima-Meiler durchbrannten. „Wir haben uns diese Katastrophe niemals vorstellen können“, gesteht Terumi Tanaka, Überlebender der Nagasaki-Bombe und langjähriger Generalsekretär des Hibakusha-Verbandes Nihon Hidankyo.

Erst nach dem Reaktorunfall forderte die Gruppe den Ausstieg aus der Atomkraft. Inzwischen sieht der 88-Jährige bei einem Treffen in Tokio die Verbindungen zwischen Hiroshima und Fukushima immer deutlicher: „Entgegen unseren Forderungen hat die Regierung die wissenschaftliche Untersuchung der Strahlenfolgen von Atomunfall und Atombomben an lokale Behörden delegiert, die aber nicht darüber informieren“, sagt Tanaka. „Nun wissen die Opfer nicht, was das radioaktive Material in ihren Körpern macht.“

Noch eine absurde Tatsache: Auf der Basis der Forschung an den Hibakusha haben Japan, Deutschland und viele andere Länder einen Grenzwert von einem Millisievert jährlich über die natürliche Belastung hinaus eingeführt. Doch für die kontaminierten Gebiete rings um die AKWRuinen in Fukushima hob die japanische Regierung diesen Grenzwert willkürlich auf 20 Millisievert jährlich an. Das Kalkül der Behörden: Sie streicht den Evakuierten die monatliche Hilfszahlung von 800 Euro, nachdem ihr alter Wohnort wieder zur Besiedlung freigegeben worden ist. Auch kämpfen viele ehemalige AKW-Anwohner vor Gericht bisher vergeblich für einen Ausgleich des Wertverlusts ihrer Häuser und Grundstücke.

Der Arzt Osamu Saito aus Fukushima sieht nur einen Weg, damit die traumatischen Strahlenwunden seines Landes heilen: „Der Staat muss sich für Atombomben und Reaktorunfall entschuldigen und alle Betroffenen voll entschädigen – das ist das Minimum.“

Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. August 1945 warf der US-amerikanische B-29-Bomber „Enola Gay“ um 8.15 Uhr über dem westjapanischen Hiroshima aus 8.500 Metern Höhe die erste Atombombe ab. Die 4.040 Kilogramm schwere Bombe „Little Boy“ (Sprengkraft: 12,5 Kilotonnen; Sprengstoff: Uran-235) explodierte in 580 Metern Höhe über dem Zentrum der 350.000-Einwohner-Stadt. Die pilzartige Wolke der Explosion stieg 12.000 Meter hoch. Ein Drittel der freigesetzten Energie bestand aus Hitze, die Hälfte aus Druck und 15 Prozent aus radioaktiver Strahlung.

Die Druckwelle zerstörte alle Gebäude in einem Kilometer Umkreis, im Fünf-Kilometer-Radius noch zwei Drittel. Der folgende Feuersturm verbrannte alles. Insgesamt wurden 70.000 Häuser zerstört. Die radioaktive Strahlung war im Umkreis von 900 Metern nach wenigen Tagen tödlich. In größerem Abstand führte sie zu diversen Krankheiten, die später auftraten und meist zum frühzeitigen Tod führten. Eine halbe Stunde nach der Explosion setzte sogenannter schwarzer radioaktiver Regen ein.

Am 9. August warf die B-29 „Bock's car“ die zweite Atombombe „Fat Man“ (Sprengkraft: 22 Kilotonnen; Sprengstoff: Plutonium-239) auf Nagasaki. Dort lebten 240.000 Menschen. Da die Wolken dicht waren, wurde das Zentrum um mehrere Kilometer verfehlt. Weil das Stadtgebiet hügeliger als in Hiroshima ist, war die Druckwelle kleiner und es gab weniger Opfer.

Bis Dezember 1945 starben in Hiroshima 140.000 Menschen, in Nagasaki 70.000 bis 80.000. Die militärische Notwendigkeit der Bomben ist umstritten: Hiroshima und Nagasaki waren zuvor von konventionellen Angriffen der US-Amerikaner ausgenommen worden, um den Effekt der Atombombe auf eine Großstadt testen zu können.

US-Präsident Harry Truman rechtfertigte sich später damit, dass die Atombomben eine verlustreiche Invasion in Japan überflüssig gemacht und so 500.000 US-Soldaten das Leben gerettet hätten. Diese Größenordnung hatte zuvor niemand genannt. (han)